

# Denkzettel

## Das UNO-Migrationsabkommen

### Darum geht es:

Die Vereinten Nationen (UN) haben sich Mitte **Juli 2018 final** auf einen „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ geeinigt. **Mit aktiver Beteiligung der Bundesregierung** befürworten 190 Staaten ein **weltweites Steuerungssystem für Migration**. Nur Ungarn und die USA zogen sich zurück. Der Pakt soll weltweite Migrations- und Wanderungsbewegungen unterstützen und fördern.

**Deutschland verpflichtet sich darin**, „die Verfügbarkeit und Flexibilität von Wegen regulärer **Migration auszudehnen**“. – Parallel zum Migrationspakt soll noch in diesem Jahr ein „Globaler Pakt für Flüchtlinge“ folgen. Kernpunkte sind: **mehr „Rettungsaktionen auf See“**, **mehr „Neuansiedlungsprogramme“**, **mehr Familiennachzug**.

### Was hält eigentlich die CSU davon?

Das EU-Parlament stimmte der Entschließung am 18. April 2018 zu – **mithilfe der Abgeordneten aller Altparteien, insbesondere auch der CSU!** Laut Entschließungstext **„bestehen“ Seehofer, Söder und Co.** somit u.a. nicht nur auf die „Entwicklung sicherer und rechtmäßiger Wege für Flüchtlinge“, sondern auch auf den **„fundamentalen Grundsatz der Nichtzurückweisung“** d.h. **KEINE Zurückweisung mehr an den Grenzen!** - In einer Aktuellen Stunde der AfD im Bundestag sagte Michael Kuffer (CSU), das Thema gebe „keinerlei Kontroverse“ her.

### Für Deutschland bedeutet das:

**Angriff auf die Souveränität**, denn schon heute diktiert uns das UN-Flüchtlingshilfswerk, wer „schutzberechtigt“ ist und wer nicht. Diese weltumspannenden Verträge könnten die nationale Hoheit über sämtliche Einwanderungsfragen komplett aushebeln.

**Mehr Einwanderungsdruck**, denn die bisherige, illegale Migration wird dann durch eine legale Migration erweitert. Migranten erhalten dann **das RECHT auf Einwanderung** nach Deutschland!

**Mehr Lohndruck durch ausländische Billigarbeiter**, denn das Internationale Weltwirtschaftsforum hat das Abkommen maßgeblich mitgefördert.

**Mehr Zensur**, , denn um die Ziele zu erreichen, will die UNHCR jede **Kritik als „Formen der Diskriminierung“** eliminieren.

### Und das sagt die AfD:

**Die AfD fordert die nationale Souveränität bei jeder Form der Einwanderung! Sie steht für ein Einwanderungsrecht nach unseren eigenen Regeln. Deutschland soll selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen. Statt mehr Zuwanderung brauchen wir familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen, insbesondere eine „aktivierende Familienpolitik“!**